Krakauer Zeitung.

Nr. 271. Dinstag, den 25. November 1862.

VI. Jahrgang.

Die „Krakauer Zeitung" erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Vierteljähriger Abonnementspreis: für Krakau 4 fl. 20 Nkr., mit Versendung 5 fl. 25 Nkr. — Die einzelne Nummer wird mit 9 Nkr. berechnet. — Insertionsgebühr im Intelligenzblatt für den Raum einer viergespaltenen Petitzeile für die erste Einrückung 7 kr., für jede weitere Einrückung $3\frac{1}{2}$ Nkr.; Stämpelgebühr für jede Einschaltung 30 Nkr. — Inserat-Bestellungen und Gelder übernimmt die Administration der „Krakauer Zeitung" (Großer Ring N. 39). Zusendungen werden franco erbeten. **Redaction: Nr. 423 an den Planten. Expedition: Großer Ring Nr. 41.**

Amtlicher Theil.

N. 15,507.

Vom Krakauer k. k. Oberlandesgerichte wird bekannt gegeben, daß nachdem das hohe Justiz-Ministerium mit dem Erlasse vom 15. August 1861 Z. 7553 auf die Uebersetzung des k. k. Notars H. Dr. Bernhard Rechi im Tauschwege von Dąbrowa in dem Sprengel des Tarnower Kreisgerichtes, nach Skawina im Sprengel des Krakauer Landesgerichtes die Bewilligung ertheilt und der genannte Notar den vorgeschriebenen Bedingungen entsprochen hat, derselbe zur Ausübung des Amtes eines k. k. Notars im Sprengel des Krakauer k. k. Landesgerichtes mit dem Amtssitze in Skawina ermächtigt sei.

Krakau, am 11. November 1862.

Nr. 6984.

Die Stadtgemeinde von Muszyna (Sandecer Kreises) hat im Zwecke der Systemisirung einer Handarbeitslehrerin an der Trivialschule in Muszyna einen jährlichen Dotationsbeitrag von 70 fl. öst. W. zugesichert.

Dieses eifrige die Hebung der Volksbildung bezweckende Streben wird anerkennend zur allgemeinen Kenntniß gebracht.

Krakau, 14. Nov. 1862.

Se. k. k. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchst unterzeichnetem Diplome den Ministerialrath und Finanz-Landesdirector in Agram Franz Pollak als Ritter des Leopold-Ordens den Ordensstatuten gemäß in den Ritterstand des österreichischen Kaiserstaates allergnädigst zu erheben geruht.

Se. k. k. Apostolische Majestät haben mit der Allerhöchsten Entschließung vom 14. November d. J. dem Hof- und Präsidial-Conzipisten des Oberstlandrichters von Ungarn Felix Tóth de mihálybása taxfrei den Titel und Character eines königlich ungarischen Hofsecretärs allergnädigst zu verleihen geruht.

Se. k. k. Apostolische Majestät haben mit der Allerhöchsten Entschließung vom 11. November d. J. dem Finanzwach-Oberaufseher Martin Petryk in Anerkennung der bei einem Brande zu Niemirow in Galizien bethätigten aufopfernden und erfolgreichen Hilfeleistung das silberne Verdienstkreuz allergnädigst zu verleihen geruht.

Se. k. k. Apostolische Majestät haben mit der Allerhöchsten Entschließung vom 6. November d. J. den Dr. Jakob Silvestri in Venedig zum außerordentlichen Professor der österreichischen Verwaltungsgesetzkunde an der Universität zu Padua allergnädigst zu ernennen geruht.

Nichtamtlicher Theil.

Krakau, 25. November.

Als nächsten Schritt Frankreichs in der römischen Frage bezeichnet man Folgendes: Es soll gegen die Sicherstellung des Patrimonium Petri und nöthigenfalls gegen Erweiterung seines gegenwärtigen Bestandes, für eine gründliche Umgestaltung der inneren Verwaltung zu gewinnen, und diese Reformen sollen nicht nur unter die Garantie einer Art von Volksvertretung, sondern auch unter den Schutz der französischen Waffen gestellt werden; es würde also die französische Occupation nicht aufhören. Allerdings würde diesem Umgestaltungsprozeß in Rom, zu dessen Durchführung man der päpstlichen Regierung in der rücksichtsvollsten Weise entgegenkommen würde, vorangehen müssen, daß das Turiner Cabinet der alsbald an dasselbe ergehenden Aufforderung, die Unabhängigkeit des Papstes anzuerkennen, entspräche. Man glaubt aber dies vom Nachfolger Ratazzi's, Letzteren hat man in den Tuilerien gänzlich aufgegeben, erlangen zu können!"

Der „Ostd. Post" wird hierüber geschrieben: Prinz Latour d'Auvergne, der neuernannte Gesandte beim römischen Stuhle, soll den Boden für ein Project sondiren, welches dem Papst die Provinz Aemilia und Umbrien gibt, die Romagna dagegen im Besitze der Piemontesen läßt. Prinz Latour würde das päpstliche Gouvernement im Einvernehmen mit dem Cardinal Antonelli neu organisiren; man würde die Piemontesen aus der Aemilia und Umbrien sich zurückziehen und französische Truppen einrücken lassen. Die Administration solle Laienhänden anvertraut, die römische Staatsschuld zum Theil auf Piemont übertragen werden. Der Kirchenstaat solle unter den Schutz Europa's gestellt werden. Man weiß im Voraus, daß Piemont Protest erheben, daß auch der Papst der Form wegen protestiren werde. Die Ausführung des Projects werde dadurch nicht verhindert werden. Wolle Piemont nach der Hand sich an Venetien wagen, so möge es das auf seine eigene Gefahr thun. Dieser Roman oder diese Geschichte, was es sein mag, findet in gewissen Kreisen Glauben. Man sieht darin einen durchdachten, festgefaßten Plan Drouyn de Lhuys'. Piemont behielte dabei Parma, Modena und die Romagna; selbstverständlich auch die Lombardie. Was Neapel betrifft, so heißt es, Piemont werde nicht dort bleiben; man habe mit Neapel andere Pläne; welche? das wird nicht gesagt.

Die „S. C." vom 23. d. schreibt: „Unser Turiner Correspondent will ganz verläßlich erfahren haben, daß in einer Depesche, die der italienische Gesandte in Paris Herr v. Nigra vor zwei Tagen nach Turin sandte, der bevorstehende Rücktritt Drouyn de Lhuys avisirt gewesen wäre."

In der griechischen Frage scheint es demnächst zu gegenseitigen öffentlichen Kundgebungen zwischen Paris und London kommen zu wollen. Wie verlautet, soll der Moniteur nächster Tage eine Note bringen, in welcher das Princip der Nichtintervention und die Ausführung der Verträge von 1832 proclamirt wird.

Der „Esprit public" meldet als bestimmt, die französische Regierung werde in einigen Tagen entweder in einer diplomatischen Depesche oder in einer Moniteur-Note ihre Anschauungen bezüglich der Angelegenheiten Griechenlands und der von Anhängern Englands offen patronisirten Candidatur kundgeben. Frankreichs fester Entschluß sei es, bei den Griechen wie überall den Nationalwillen in Achtung halten und von gar Niemanden eine Pression auf die freie Kundgebung desselben ausüben zu lassen. Auch Graf Russell soll an die Agenten Englands bei den Großmächten ein die Candidatur für den Thron Griechenlands betreffendes Rundschreiben gerichtet haben.

Der „K. Z." wird aus Brüssel geschrieben: Sowohl in der griechischen als in der amerikanischen Frage hat sich zwischen den Cabinetten von Paris und London eine tiefer gehende Meinungsverschiedenheit herausgestellt, als zu erwarten stand. Der betreffende Depeschenwechsel zeichnet sich nicht durch Höflichkeit aus. Lord Cowley hat viel spitze Reden in Paris zu hören bekommen übrr die Candidatur des Prinzen Alfred. Nun glaube ich nimmermehr, daß Englands Regierung mit Ernst an den griechischen Thron für einen englischen Prinzen denken wolle, und sowohl Lord Cowley als der englische Gesandte in Athen haben das erklärt. Man wolle blos den russisch-französischen Intriguen ein Paroli in Athen bieten und zeigen, daß nöthigenfalls England eben so gut auf einen Anhang in Griechenland rechnen dürfe, als Frankreich oder Rußland. Die Verlegenheit für die britischen Minister bleibt immerhin die, einen geeigneten Candidaten zu finden.

Eine Zuschrift an „Daily News" redet sogar der Candidatur Mr. Gladstone's für den griechischen Thron mit großem Eifer das Wort. In Mr. Gladstone, heißt es, finden sich alle die Eigenschaften vereinigt, die ein Herrscher von Neugriechenland nöthig hat. Seine Liebe für's Theoretische und Ideale, die mancher ihm hier oft als Fehler vorgerückt hat, wäre kein Mangel in einem Lande, wo das soziale Leben der homerischen Zeit einst eine Wirklichkeit war. Als erfahrener Schatzkanzler würde er den Finanzen Griechenlands aufhelfen u. s. w. Das ist selbst für einen Scherz zu possenhaft.

Die russische Regierung hat ihren ehemaligen Gesandten, den Grafen Kisseleff, ermächtigt, in Paris zu bleiben, und ihm zu diesem Behufe einen Jahresgehalt von 120,000 Fr. ausgesetzt. „Am Pariser Hofe", — schreibt man der FPZ. aus der Hauptstadt Frankreichs „wo man dergleichen zu beurtheilen weiß, sieht man darin ein Streben Rußlands nach einer verschärften Ueberwachung der französischen Politik."

Preußen soll eine Note an seine Vertreter an den auswärtigen Höfen erlassen haben, in welcher es heißt, daß Preußen nur den Titel Victor Emanuels als König von Italien anerkannt, überhaupt in seiner Anerkennung nur auf den factischen Bestand in Italien Rücksicht genommen habe, also weit davon entfernt gewesen sei, durch seine Anerkennung den in der Durando'schen Note nackt hingestellten Zwecken und Zielen der italienischen Politik irgendwie ein moralisches Gewicht zu leihen. Vielmehr müsse sich Preußen ausdrücklich dagegen verwahren, daß es in irgend einer Weise den von der Turiner Regierung auf Länder, die sich durch unrechtmäßige Mittel erwerben könne, erhobenen Ansprüchen zustimme. Schließlich wird noch gesagt, daß Preußen selbstverständlich die religiöse wie völkerrechtliche Stellung des Papstes als in ungeschwächter unantastbarer Kraft bestehend betrachte. — Fürst Gorczakoff hat bis jetzt gezögert, sich auszusprechen.

Die „S. C." indem sie die von uns erwähnte Note des Grafen Rechberg in der deutsch-dänischen Angelegenheit nachdruckt, sagt: „Die Rückäußerung des kaiserlichen Cabinets auf die ihr mitgetheilte Note Lord Russell's nach Copenhagen ist insoferne von großer Wichtigkeit, als in diesem Actenstück der Standpunkt, den die deutschen Mächte bezüglich des Conflictes mit der dänischen Regierung auch in der Folge festzuhalten entschlossen sind, präzis kundgethan wird. Nicht minder findet man in demselben eine Andeutung über die nächsten Schritte, welche den deutschen Mächten obliegen, und in dieser Beziehung findet sich unsere Ansicht bestätigt, daß die Cabinete von Wien und Berlin sich veranlaßt finden werden, einen Antrag an den Bund zu stellen, um von demselben ein förmliches Mandat zu weiteren Verhandlungen, gleichviel in welcher Form diese auch geführt werden, zu erlangen. — Die Vorschläge, welche Lord Russell in Betreff der Stellung Schleswigs — für welches Herzogthum, beiläufig bemerkt, der König von Dänemark nicht Mitglied des deutschen Bundes ist, sondern nur für die Herzogthümer Holstein und Lauenburg — aufgestellt hat, betrachtet Graf Rechberg in seiner vom 20. October datirten Rückäußerung nach London als eine annehmbare Grundlage."

Lord Russell's Depesche in der Schleswig-Holsteinischen Angelegenheit, die bekanntlich zuerst in deutschen Blättern veröffentlicht und dann aus dem Deutschen ins Englische zurückübersetzt wurde, wird in ihrer originalen Fassung in der Times vom 19. veröffentlicht. Natürlich weicht sie nur in einzelnen Wörtern von der Uebersetzung ab. Einzelne Blätter beschweren sich bitter, daß Lord Russell mit der Veröffentlichung der Depesche so lange gezögert habe.

Den Wortlaut der dänischen Antwort theilen wir unter „Dänemark" mit.

Mehrere Blätter haben vor einiger Zeit gemeldet, die päpstliche Regierung habe die Austreibung der in Velletri ansässigen Juden angeordnet. Auch der Pariser „Monde" glaubt nun dieser Meldung mit der Versicherung entgegentreten zu können, daß in der Provinz Velletri gar kein Jude ansässig sei.

Dem „Lev. Herald" zufolge hat ein russisches Fahrzeug, nachdem es das eiserne Thor passirt, eine Ladung Pulver, Blei und andere Munitionsgegenstände auf serbischem Gebiete ausgeschifft. Zwei andere Schiffe, welche dieselbe Ladung und die nämliche Bestimmung haben, liegen in Galacz.

Zwischen den in Hamburg zu den Elbzoll-Conferenzen versammelten Commissarien der betreffenden Regierungen hat zwar bisher keine Einigung zu Stande gebracht werden können, indeß werden, wie die „B. B. Z." meldet, die Berathungen vertraulich fortgesetzt, und nicht ohne die Hoffnung auf diesem Wege die Frage der Erledigung zuzuführen. Die Basis für diese Berathungen bildet der sächsische Entwurf, der zum Theil angenommen, in anderen Punkten dagegen wesentlich geändert und demnächst in seiner neuen Gestalt den Regierungen zur Erklärung unterbreitet werden dürfte.

Der bleibende Ausschuß des deutschen Handelstages, der bekanntlich unter dem Vorsitz des Herrn v. Beckerath in Berlin seinen Sitz hat, hat den deutschen Regierungen eine vom 8. November datirte Denkschrift über die Beschlüsse des in München abgehaltenen zweiten deutschen Handelstages eingereicht.

Verhandlungen des Reichsrathes.

Sitzung des Hauses der Abgeordneten am 21. November. (Schluß.)

Berichterstatter Dr. Ofner erstattet Bericht über die Anträge, welche in der letzten Sitzung dem Ausschusse zugewiesen wurden. Es sind dies die Anträge des Dr. Rechbauer zu §. 11 (persönliche Haftung), dann jene des Dr. Taschek zu Tarifpost 43 und des Dr. Schlegel und Winterstein zu Tarifpost Urkunden 101.

Abg. Dr. Rechbauer erklärt nach dem eben gefaßten Beschlusse, daß das Gesetz nur bis Ende October 1863 gelten solle, seinen Antrag zurückzuziehen.

Es kommt nun der Antrag des Dr. Taschek zur Verhandlung, welcher dahin geht, daß bei Tarifpost 43 (Eingaben) lit. h) eingeschaltet werde:

„Recurse gegen Erkenntnisse in Gebühren-Angelegenheiten sind nur im Falle ihrer Abweisung stempelpflichtig, und die in diesem Falle entfallenden Stempelbeträge sind nachträglich einzuheben."

Nachdem noch der Berichterstatter erklärt hat, daß der Ausschuß die Zurückweisung dieses Amendements beantragt, wird zur Abstimmung geschritten und wird der Antrag abgelehnt.

Es kommt nun der Antrag des Ausschusses zur Verhandlung und wird derselbe ohne Debatte angenommen.

Es kommen hierauf die Amendements Schlegel und Winterstein zur Tarifpost 101 lit. b) (Frachtbriefe und Duplicate) zur Verhandlung. Der Antrag des Abg. Schlegel geht dahin, daß von jedem Zentner ein Zehntelkreuzer berechnet werden solle und alternative nach einer bestimmten Scala von 1 bis 25 pCt.

Abg. Winterstein beantragt die Freilassung bis fünf Zentner von jeder Gebühr, sohin erst die Besteuerung von Frachtbriefen und größeren Frachten statt mit 5 kr. mit 3 kr. Dann beantragt er die Weglassung der Alinea sub d):

„Erfolgen mit demselben Frachtbrief-Sendungen an zwei oder mehrere Personen, so ist diese Gebühr nach der Zahl dieser Personen zu entrichten".

Berichterstatter Dr. Ofner theilt mit, daß der Ausschuß sich dahin geeinigt, daß diese Alinea wegzubleiben habe. Hingegen aber sei er gegen die Annahme des Amendements Schlegels und Wintersteins. Redner entwickelt die Gründe, die den Ausschuß dazu bestimmt haben, diese Anträge abzulehnen.

Abg. Winterstein vertheidigt nochmals seinen Antrag.

Abg. Brosche unterstützt den Antrag Winterstein, während

Abg. Dr. Ryger den Ausschußantrag vertheidigt.

Berichterstatter Dr. Ofner bemerkt hierauf noch, daß, wenn der Antrag Winterstein, daß nämlich fünf Centner Fracht frei bleiben sollen, durchginge, alle Seiden-, Luxus-, Gold- und Silberwaaren, also gerade die kostbarsten Waaren, gebührenfrei ausgehen würden.

Abg. Winterstein erwidert hierauf, daß die Artikel, welche der Berichterstatter eben erwähnte, außerordentlich durch Frachtlasten leiden, welche sie beim Transport zu tragen haben, sowie durch die hohen Versicherungsprämien, die sie zu zahlen haben, es wäre also doppelt ungerecht, außer diesen Lasten noch neue hinzuzufügen.

Se. Exzellenz Finanzminister v. Plener: Ich will, abgesehen von der fachlichen Erörterung, welche über diesen Gegenstand gepflogen wurde, nur noch den finanziellen Standpunkt hervorheben und bemerken, daß die Freilassung der Frachtbriefe und eine bedeutende Beschränkung in der Belegung der Frachtbriefe mit dem Stempel einen sehr beträchtlichen Ausfall in jenem Erträgnisse machen würde, welches von dem vorliegenden Gesetze für die Finanzen erwartet wird. Es dürfte dieser Ausfall nahezu $1\frac{1}{2}$ bis 2 Millionen betragen. Wenn also in dieser einzelnen Rubrik schon ein so bedeutender Ausfall zu besorgen ist, so ist es wohl klar, daß der Total-Ertrag, auf welchen gerechnet werden muß, und der dazu beitragen soll, das Defizit möglichst zu vermindern, nicht wird erzielt werden können.

Abg. Schlegel erklärt hierauf seinen Antrag zurückzuziehen, bis auf die Bestimmung, bezüglich welcher der Abg. Winterstein einverstanden ist.

Bei der hierauf erfolgten Abstimmung bleibt der Antrag Winterstein in der Minorität und der Ausschußantrag wird angenommen. Mit der Weglassung der Alinea d) erklärt sich das Haus einverstanden.

Berichterstatter Dr. Ofner geht hierauf zum Antrage des Finanzministers zu Tarifpost 47 über, und beantragt im Namen des Ausschusses die Annahme desselben. Derselbe lautet:

Nach dem Worte „Personenkarten" sei zu setzen:

a) Bei einem Fahrpreise mit 50 kr. von jedem Stück 1 kr., bei einem höheren Fahrpreise
b) aber so oftmal 1 kr., als 50 kr. im Fahrpreise enthalten sind. Jeder Rest unter 50 kr. ist als voll anzunehmen und die Gebühr nie höher als 15 kr. für ein Stück zu bemessen.

Abg. Dobblhoff beantragt, daß Tarifpost 47 zu lauten habe:

„Für Empfangs- und Aufnahmescheine der Eisenbahn- und Dampfschiffahrts-Unternehmungen über Uebernahme von Personen zum Transporte (Personenkarten) ist ein Zuschlag von $1\frac{1}{2}$ pCt. nach dem Betrage festzusetzen."

(Wird unterstützt).

Abg. Dr. Fleischer spricht gegen den Antrag des Finanzministers, bedauert, daß auch dieser Gegenstand einer neuen Revision und einer Beschlußfassung unterzogen werde. Er glaubt sich daher verpflichtet, seinen letzten Antrag in dieser Sache aufrecht erhalten zu müssen.

Abg. Dr. Ryger spricht für die Regierungsvorlage und erklärt, der Antrag des Baron Dobblhoff scheine

nach seinem Dafürhalten sich nicht zur Annahme zu empfehlen. Was den Antrag des Dr. Fleischer anbelangt, glaube er, daß ein vom Hause einmal zurückgewiesener Antrag nicht mehr Gegenstand der Verhandlung und Abstimmung sein könne; denn wenn auch das Haus sich entschließt, seine früheren Beschlüsse in mancher Beziehung zurückzunehmen, darf dies doch nicht als Abänderung der Geschäftsordnung angesehen werden.

Dr. Oberleitner: Ein solche Steuer hätte an sich schon viel Unangenehmes, sei aber noch viel unangenehmer, wenn Scalen dabei sind. Er beantrage daher, daß man ohne Ausnahme, ob man eine oder zehn Meilen fährt, für die dritte Klasse 5 kr., für die zweite 10 kr. und für die erste 15 kr. zahlt. Wenn die Ziffer von 5, 10 und 15 kr. zu hoch gegriffen sei, so erlaube er sich einen niedrigeren Satz von 3, 5 und 10 kr. zu beantragen. (Der eventuelle Antrag wird unterstützt).

Dr. Ofner beantragt, daß die Anträge des Baron Dobblhoff und des Abg. Oberleitner an den Ausschuß gewiesen werden sollen. (Rufe nein). Dr. Ofner erklärt, daß der Ausschuß für den Fall, als der Antrag der Regierung angenommen würde, weiter beantragt, daß in der Anmerkung d und e nach dem Worte „Gebühr" beigefügt werde „mit den Fahrpreisen einzuheben."

Nachdem die Debatte bereits geschlossen, weist Dr. Fleischer noch darauf hin, daß die Dampfschiffe keine dritte Classe haben, daß daher die Reisenden auf Dampfschiffen für die letzte Classe (zweite) die Besteuerung der zweiten Klasse der Eisenbahnen zahlen müßten.

Präsident erklärt, daß dies ein ganz neuer Antrag sei, über den nicht mehr gesprochen werden könne, da die Debatte bereits geschlossen sei.

Bei der hierauf erfolgten Abstimmung werden die Anträge der Abg. Dobblhoff und Oberleitner abgelehnt, hingegen der Antrag des Finanzministers, sowie der Antrag des Ausschusses zu den Anmerkungen d) und e) angenommen.

Schluß der Sitzung: 2 Uhr.

Nächste Sitzung: Montag 10 Uhr.

Tagesordnung: Schluß der zweiten Lesung des Gebührengesetzes, eventuell dritte Lesung; Bericht der Commission für das Ausgleichsverfahren und das Finanzgesetz.

Oesterreichische Monarchie.

Wien, 24. November

Die für Ungarn ertheilte kaisrl. Amnestie umfaßt circa 200 Fälle, darunter zwei Hochverrathsfälle; bei 150 Personen, die sich im Strafarreste oder in Untersuchungshaft befinden, haben in Folge der Amnestie ihre Freiheit wieder erlangt.

Angekommen sind der Primas von Ungarn Cardinal Scitovsky von Gran; die Herren Statthalter von Tirol und Mähren, Fürst Lobkovits und Baron Poche; der montenegrinische Senator Petrovich, derselbe reist nach St. Petersburg.

In der Podiebrader Affaire ist jetzt das Erkenntniß des Kuttenberger Kreisgerichtes veröffentlicht worden. Dasselbe erklärt den Bürgermeister und die Stadträthe von Podiebrad für nichtschuldig, aber den Vorstand und einzelne Mitglieder des Gesangvereins sind des Vergehens der Aufwieglung für schuldig erklärt.

In der Sitzung der ungarischen Bodencreditsanstalt vom 22. d. wurde das Ergebniß der Wahlstimmen kundgegeben. Es wurden 148 Wahlstimmen abgegeben. Zum Präsidenten wurde Graf Emil v. Dessewffy, zum Vizepräsidenten Herr Menyheit v. Lonyai, zum Rechtsconsulenten Herr Balth. v. Horvath, Alle einstimmig, gewählt.

Die „Triester Ztg." schreibt: Vor zwei Jahren emigrirte aus dem Venetianischen die Jugend, um sich der Militärdienstpflicht in Oesterreich zu entziehen; damals jubelte bie italienische Presse über diesen „Patriotismus" der Venetianer. Heuer dagegen kehren nicht nur Hunderte solcher Emigranten reuig in ihre Heimat zurück, sondern die patriotische Jugend Neu-Italiens entzieht sich der Anwerbung durch die Flucht in's Ausland, und Venetien beherbergt eine ansehnliche Anzahl solcher piemontesischer Flüchtlinge. Seit 1. d. vergeht fast kein Tag, an dem nicht ganze Abtheilungen solcher junger Leute, größtentheils Lombarden und Modenesen, die Grenze überschreiten.

In piemontesischen Blättern war kürzlich gemeldet worden, ein freiwillig zurückgekehrter Deserteur, Namens Giacomo Bellini aus Peschiera, sei daselbst mit Stockstreichen bestraft und in so strenge Haft gesetzt worden, daß nicht einmal seine Eltern ihn besuchen und ihm Speise bringen durften. Das „G. di Verona" bringt nun aus sicherer Quelle die Meldung, daß dieser Deserteur wohl zu kurzer und leichter Haft verurtheilt worden, daß ihm aber auch diese Strafe gleich nach Verkündigung des Urtheils auf dem Gnadenwege nachgesehen worden sei. — Ein gleiches Bewandtniß habe es mit der unverschämten Lüge piemontesischer Blätter, daß zwei zurückkehrende ungarische Legionäre in Mantua füsilirt worden seien. Noch habe kein Legionär sich über die ihm wiederfahrene Behandlung zu beklagen gehabt; im Gegentheil seien alle mit den nöthigen Mitteln zur Rückkehr in die Heimat auf's Ausreichendste versehen worden.

Deutschland.

In der Bundestagssitzuug vom 20. d. machte das Präsidium die Anzeige, daß Spanien sein Münz-System mitgetheilt habe und sich die Mittheilung der deutschen Münzverhältnisse erbitte. Baden ließ seinen Beitritt zu den Anträgen bezüglich Ausarbeitung eines allgemeinen Obligationen-Rechts erklären. Der großherzoglich hessische Gesandte gab schon jetzt die Abstimmung seiner Regierung über die bekannten Anträge bezüglich der öffentlichen Spielbanken ab. Dieselben sind ihr nicht bestimmt und scharf genug und sie wünscht deren Verstärkung. Kurhessen bezeichnete seinen Bevollmächtigten zu der in Hannover tagenden Commission für die Civil-Proceß-Ordnung in der Person des A. R. Buff. Der Vorschlag des Präsidiums auf Ernennung des Controleurs Herm. v. Meyer (des berühmten Paläontologen) zum Bundescassier fand allseitige Zustimmung.

Die Berliner Montagsztg. schreibt: Die Auflösung des Abgeordnetenhauses ist beschlossene Sache, freilich nicht formell und officiell, allein es ist eine Eventualität, die in den entscheidenden Kreisen als unabwendlich und selbstverständlich in das Auge gefaßt wird. Fraglich ist es dagegen bis zur Stunde, ob man zur Octroyirung eines neuen Wahlgesetzes schreiten, oder auf Grund des bisherigen die Neuwahl vollziehen lassen wird. Der Entwurf eines neuen Wahlgesetzes, so versichert man uns, liegt fertig vor. Die Angaben, welche in Bezug auf die Ernennung des neuen Handelsministers von officiösen Federn verbreitet werden und die Verzögerung in der projectirten Abzweigung einiger Ressorts vom Handelsministerium bezeichnen, sind leerer Vorwand. In Wirklichkeit hat Niemand rechte Lust, das Portefeuille zu übernehmen. Man unterhandelt u. A. mit dem feudalen, unter dem Grafen Schwerin zur Disposition gestellten Oberpräsidenten der Provinz Posen, v. Puttkammer; nimmt er an, dann ist ein einheitliches Ministerium in optima forma vorhanden. Der frühere Handelsminister v. Holzbrinck befindet sich jetzt wieder in Münster. Der Ex-Ministerpräsident Hr. v. Manteuffel äußerte jüngst auf Befragen, daß er bei den jetzigen Verhältnissen unter keinerlei Umständen ein Portefeuille annehmen würde. Privatbriefe aus Gumbinnen melden, daß daselbst bereits große Anstalten zu einem glänzenden Empfange des zur dortigen Regierung versetzten und Ende d. M. eintreffenden Geh. Reg.-Rath v. Bockum Dolffs von Liberalen und Fortschrittsmännern getroffen werden.

Am Freitag überreichte eine Deputation des Provinzial-Landtags der Mark-Brandenburg und der Niederlausitz dem Könige von Preußen eine Ergebenheitsadresse. Der König hob in seiner Antwort, wie er es bereits bei anderen Gelegenheiten in gleicher Weise gethan hat, hervor, daß die jetzige Zeit für ihn eine betrübende sei, da man seine besten und redlichen Absichten zum Wohle und zur Wehrhaftigkeit des Landes und Volkes so vielfach verkannt und mißdeutet habe.

Als preußischer Commissarius bei der im nächsten Jahre in München stattfindenden XV. General-Conferenz in Zollvereins-Angelegenheiten wird der Geh. Ober-Finanzrath Henning fungiren, welcher Preußen auf den früheren General-Conferenzen vertreten hat.

Aus München, 17. Nov. wird der „Triest. Z." geschrieben: Ein Ohrenzeuge theilt mir folgende Aeußerung Königs Otto mit, welche derselbe bei seiner Ankunft auf dem Bahnhofe in München gemacht hat. Unter der ungeheueren Menschenmenge, welche im Bahnhofe versammelt war, drängte sich auch eine kleine Schaar junger Griechen, angehende Künstler und Studirende heran, als der König sie bemerkte, und auf sie zuging. Alsbald erhob einer von ihnen seine Stimme, bezeichnete die Vorgänge in Athen als unsinnig, verbrecherisch und zum Verderben des Vaterlandes führend, und schloß mit den Worten: Der gerechte Gott wird diejenigen, die Ew. Maj. beleidigt haben, strafen und die Meineidigen züchtigen! — O nein, erwiederte der König mit heiterstem Gesichte, ich wünsche nicht, daß Gott irgend Jemanden, der gegen mich ungerecht war, der meine Absichten verkannte, strafen möge, aber wohl, daß bald wieder Ruhe und Ordnung in mein geliebtes Griechenland zurückkehre.

Die „Kasseler Ztg." vom 21. d. schreibt: Die entlassenen Minister werden die laufenden Geschäfte nur noch durch einige Tage versehen, da sie das volle Gewicht der verfassungsmäßigen Pflichten zu tragen hätten, und die Veranlassung ihres Rücktrittes mit der Fortführung der Geschäfte durch längere Zeit sich nicht vertrage.

Der „Westph. Ztg." kommt aus Goslar folgende Kunde zu: „Man hat gelacht, als die Nachricht in der Presse circulirte, unser bekannter Kräuterarzt Lampe sei nach Frankreich gereist, um mit den französischen Aerzten über den Gesundheitszustand des Kaisers zu berathen. Bewährte Leute, welche mit Lampe genauer bekannt sind, bestätigen nicht nur diese Thatsache, sondern fügen hinzu, daß Lampe versprochen habe, den Herrscher von seinem Uebel zu befreien, wenn er im nächsten Frühlinge zu ihm hieher komme, und sich seiner Behandlung unterwerfe. Es soll daher nicht im Felde der Unmöglichkeit liegen, daß wir beim Beginn der Kurzeit den weltberühmten Herrscher als Kurgast an unserm Harze bewillkommnen können."

Frankreich.

Paris, 21. November. Es bestätigt sich, daß Prinz und Prinzessin Napoleon in Compiègne nur einen einfachen Höflichkeitsbesuch als Erwiderung auf die persönliche Einladung abstatten, welche die Kaiserin brieflich der Prinzessin Clotilde zugehen ließ. — Die Broschüre des Prinzen Napoleon ist heute erschienen; sie enthält jedoch kein Document, das ein besonders neues Licht auf die Situation in Rom zu werfen im Stande wäre. — Die Einweihung des Boulevard du Prince Eugène wird mit großem Gepränge am 7. Dezember stattfinden. Die großen Staatskörper sollen auch dazu eingeladen werden. Ob die Nationalgarde ausrücken werde, ist noch ungewiß. Wie man vernimmt, soll die Arbeiterbevölkerung des Faubourg St. Antoine, durch welches der neue Boulevard führt, dagegen protestirt haben, weil sie selber seit der nach dem Staatsstreich vorgenommenen Reorganisation vom Nationalgardendienst ausgeschlossen ist. — Graf Walewski und Herr Drouyn de Lhuys sollen beabsichtigen, während ihres Aufenthaltes in Compiègne dem Kaiser ein umfassendes politisches Programm zur Prüfung vorzulegen. — Herr Nigra hat gestern Herrn Benedetti zu Ehren ein großes Diner gegeben. — In der Depesche Durando's, welche das Pays gestern Abend hier veröffentlichte, fehlt der Schlußsatz, worin von dem Mandate, welches das Cabinet von König und Nation erhalten, die Rede ist! — Aus Athen ist die Nachricht hier eingetroffen, daß es bereits zu lebhaftem Wortwechsel zwischen französischen und englischen Marine-Offizieren gekommen ist. Man hofft jedoch diese unangenehme Sache noch gütlich ausgleichen zu können.

In den amtlichen Kreisen zu Paris ist man der Mittheilung eines Correspondenten der „F. P. Z." zufolge mit dem Geiste, der im Quartier latin herrscht, durchaus nicht zufrieden. Bei mehreren Vorlesungen ist die Ordnung auf tumultuarische Weise gestört worden. Auch versichert der Berichterstatter, daß die Polizei in den von Arbeitern bewohnten Stadtvierteln häufig aufrührerische Placate abreißen müsse.

Der Assisenhof von Seine-et-Oise hat sowohl den Duc de Grammont-Caderousse, welcher den Herrn Dillon (Correspondenten mehrerer Sport-Blätter) im Duell tödtete, als die Zeugen freigesprochen. Die Mutter des Herrn Dillon hat eine Entschädigungsklage gestellt, über welche der Gerichtshof am nächsten Montage entscheiden wird.

Die „Patrie" zeigt an, daß zwei Armenier in Mission von Zeitun hier angekommen sind. Sie haben im Namen ihrer von den Türken bedrängten armenischen Brüder einen Brief an den Kaiser abzugeben, um demselben ihre Sache ans Herz zu legen. Der Brief soll von dem armenischen Erzbischof und den vier Bundeshäuptern unterzeichnet sein und u. A. die Errichtung von zwei französischen Consulaten in Zeitun und Anthippe verlangen. Die „Patrie" hält es nicht für unnöthig, daran zu erinnern, daß der letzte armenische Landesfürst ein Abkömmling Lusignan's von Cypern war.

Ueber Cadix sind die Nachrichten von Vera-Cruz vom 19. Oct. eingetroffen, wonach General Forey, der bereits nach Orizaba aufgebrochen war, sämmtliche Puebla beherrschende Pässe zu besetzen beabsichtigte. Den Oberbefehl über die ihm gegenüberstehende mexicanische Armee hat an Zaragoza's Stelle Ortega (nicht Comonfort) erhalten. Die letzten Nachrichten über St. Nazaire reichen nur bis zum 15. Oct., an welchem Tage die Louisiana Vera-Cruz verließ. Der Moniteur meldet heute aus dieser Post, daß die Lage Orizaba's günstiger und der Gesundheitszustand besser geworden sei. Am 9. Oct. befanden sich in den drei Lazarethen von Orizaba und dem Lazarethe von Cordova, welche zusammen 1200 Betten haben, „nur 561 Kranke" von den 10,000 Mann, welche auf der Linie von Soledad nach Orizaba stehen. Auch war es, da die Regenzeit aufgehört hatte, gelungen, für die 10,000 Mann Lebensmittel auf 40 Tage zusammenzuschaffen. Mit eingebornen Lieferanten waren Verträge abgeschlossen, welche dem Corps bis 31. März k. J. frisches Fleisch, Proviant, Zucker, Kaffee und Fourage sichern. Ein Lieferant hat sich verbindlich gemacht, 1000 Ctr. Mehl theils nach Puebla theils nach Mexico zu liefern, desgleichen Hafer, Mais und Stroh, sobald Forey in jenen Städten eingetroffen sein wird. Der Moniteur bringt heute auch den Schluß des gestern begonnenen Berichtes, aus dem sich jeder selbst überzeugen kann, daß die Lage des kleinen Corps in jeder Beziehung sehr kritisch gewesen ist, da das Volk von Mexico sich nichts weniger als beeifert hat, den Franzosen als Befreiern entgegen zu jubeln.

Portugal.

Aus Lissabon, 21. d., wird telegraphirt: „Die Häfen von Hongkong, Amoy und Futschu sind wegen der daselbst herrschenden Cholera für verdächtig erklärt worden." — Drei englische Kriegsschiffe, darunter das Panzerschiff Black Prince, sind hier angekommen.

Großbritannien.

London, 29. November. Die Universität Glasgow hatte den Wunsch geäußert, Lord Palmerston zu ihrem Lord Rector zu wählen. Der Premier lehnte am Samstag auf telegraphischem Wege die ihm zugedachte Ehre mit Dank ab. Nichts destoweniger wurde seine Lordschaft mit bedeutender Majorität gewählt. Dieser ungestümen Verehrungskraft vermochte Lord Palmerston nicht mehr zu widerstehen, so daß die Universitätsbehörden am Dinstag ein eigenhändiges Schreiben von Lord Palmerston erhielten, worin er erklärt, sich der schmeichelhaften Entscheidung der Universität fügen zu wollen und den Ehrenposten anzunehmen.

Die „Times" erblickt in der Ernennung des Baron Gros zum französischen Botschafter in London einen Beweis von dem Wunsche des Kaisers, im besten Einverständnisse mit dem englischen Cabinete zu bleiben. Er ist, schreibt die „Times", bei uns am besten durch die in Gesellschaft Lord Elgins unternommene chinesische Mission bekannt. Man weiß, wie schwierig und heiklig die Theilnahme an einer gemeinsamen Expedition ist. Wo zwei civilisirte Mächte sich vereinigen, um einem gemeinsamen Feinde Zugeständnisse gesonderter Art abzupressen, ist ein Interessenstreit kaum vermeidlich. Aber die Harmonie zwischen dem französischen und englischen Bevollmächtigten in China wurde keinen Augenblick getrübt. Die Freundschaft zwischen Marlborough und Eugen war nicht ununterbrochener oder der Sache, der sie dienten, ersprießlicher, als die Freundschaft zwischen Baron Gros und Lord Elgin. Wir nehmen daher die Ernennung des Baron Gros als ein Compliment für den Hof und das Volk Englands und als ein Unterpfand für den Wunsch des Kaisers an, in Freundschaft und Allianz mit uns zu bleiben." Dies ist unter den gegenwärtigen Umständen, wo man in drei wichtigen Fragen — Italien, Griechenland, Amerika — von einander abweicht, etwas viel gehofft. Baron Gros hatte schon zweimal die Mission, Differenzen mit England vorzubeugen, im Jahre 1849 bei Gelegenheit der römischen Expedition und späterhin als Geschäftsträger in Athen im Augenblicke des Pacificohandels. Der „Herald" bemerkt übrigens zu der Ernennung des Baron Gros: „Baron Gros ist in Politik und Diplomatie ein völliger Novize und kann Englisch weder sprechen, noch verstehen. Er ist nur für kurze Zeit ernannt, und die wirklichen Gesandtschaftsgeschäfte wird sein Secretär, der Marquis de Chateaurenard, versehen.

In England und namentlich in London regt sich in sehr vielen Kreisen eine unmuthige Stimmung gegen die reichen Baumwoll-Lords und die Gutsbesitzer von Lancashire und Cheshire. Es scheint nämlich, daß sie zur Linderung des Arbeiterelebens nicht im Rechte und billigen Verhältniß beitragen.

Dänemark.

Die dänische Depesche an England vom 15. October lautet nach der „Dep.-Tid." wie folgt:

„Mein Herr! Ich glaube es dem Interesse, welches Lord Russell stets Dänemark bewiesen, schuldig zu sein, ohne Verzug auf die hier in Copie beigefügte Depesche zu antworten, die Herr Paget mir gestern mitgetheilt und die uns desto mehr Erstaunen und Bedauern hat verursachen müssen, als Lord Russell bis jetzt Ansichten ausgesprochen hatte, die sehr verschieden von denen sind, zu welchen er sich heute hinzuneigen scheint.

Der Minister beginnt in seiner Depesche damit, die Frage von der Stellung Holsteins in der Monarchie als eine solche bei Seite zu lassen, welche nicht mehr den Gegenstand einer Discussion ausmache. Auch uns scheint diese Frage erschöpft in dem Sinne, daß die definitive Lösung nur noch von der Regelung einiger Puncte abhängt, deren Nothwendigkeit nicht verkannt werden könnte.

Gegenüber der Forderung des deutschen Bundes ist unsere Haltung klar und sehr bestimmt. Wir haben bewiesen, daß die Berechtigung, welche der deutsche Bund für die holsteinischen Stände fordert, das gemeinsame Budget und die gemeinsamen Gesetze, soweit sie das Herzogthum Holstein betreffen, zu votiren, eben so dem öffentlichen Rechte widerstreitet, wie das Verlangen von dem Gesichtspuncte der Competenz des deutschen Bundes unhaltbar ist. Nichts desto weniger haben wir erklärt, daß, welche Gefahren für die Integrität der Monarchie dies auch nach sich ziehen könnte, wir dennoch bereit sein würden, darauf einzugehen, wenn diese eventuelle Stellung Holsteins in solcher Weise präcisirt werden könnte, daß der Rest der Monarchie nicht zu einer fortwährenden Abhängigkeit von Deutschland gezwungen wäre, und wenn durch dieses Opfer unsere Beziehungen zum deutschen Bunde auf einer dauerhaften Grundlage wieder hergestellt werden könnten. Um diese Puncte recht festzustellen, sind wir in die gegenwärtigen Unterhandlungen mit Preußen und Oesterreich eingetreten, und die Meinung, welche Lord Russell über die Nothwendigkeit der gedachten Concession unsererseits äußert, ist, ich bin davon überzeugt, von einer vollständigen Billigung der beiden Bedingungen begleitet, die ich soeben angezeigt habe.

Was die inneren Angelegenheiten Schleswigs betrifft, so hatten wir hoffen können, daß unser Verfahren nicht weniger geeignet sei, uns die Sympathien der englischen Regierung zu sichern. Die Absichten, welche der König in Betreff dieses Herzogthums seiner Zeit freiwillig ausgedrückt hatte (die Ehrenverpflichtung, um mich des von Lord Russell angewandten Ausdrucks zu bedienen, welche der König eingegangen wäre), sind unmittelbar und gewissenhaft von ihm erfüllt worden. Selbst was das Reglement über den Gebrauch der beiden Sprachen betrifft, welches, ich wiederhole es heute, niemals in der Correspondenz von 1851 erwähnt worden ist, hat die Regierung auf das gewissenhafteste dieselbe Maßregel beobachtet, da die heute in Kraft befindlichen Dispositionen dieselben sind, welche im Jahre 1851 keinen Einwurf hervorriefen. Wenn dann Lord Russell die Ausdehnung der der schleswig'schen Stände-Versammlung bewilligten Freiheiten empfiehlt, so hat der König schon in der Thronrede dieselbe Absicht angekündigt. Jedenfalls würde eine solche Entwicklung nur das Werk des freien Willens des Königs sein können, und eben so ist es Se. Majestät, welche am besten über die Opportunität einer solchen Maßregel urtheilen kann. Die Regierung wird dazu schreiten, sobald der Stand der holsteinischen Frage es erlauben wird, und in der neuen Organisation, welche sie dann den schleswig'schen Provinzial-Ständen zu verleihen gedenkt, wird sie dieselben liberalen Principien befolgen, welche sie in ihrer Verwaltung leiten, und besonders wird sie dieselben bei der Redaction des neuen Wahlgesetzes verfolgen, welches nach dem Geständnisse aller Welt das unerläßlichste Element jeder neuen Ordnung der Dinge in den Herzogthümern bildet.

Lord Russell wendet sich endlich zu der Frage über die gemeinsame Verfassung, so weit sie das Königreich und Schleswig betrifft. Ich habe in dieser Beziehung demjenigen, was Sie schon dem Minister gesagt haben, nichts hinzuzufügen und Sie werden Ihre Herrlichkeit bitten, in den Erklärungen, welche Sie Ihr schon vorgelegt haben, den definitiven Ausdruck der Anschauungen der Regierung des Königs zu sehen.

Ich werde in kein Detail eingehen, um zu beweisen, wie wenig der Einwurf begründet ist, daß die Verfassung dem Votum der verschiedenen Special-Repräsentationen der Monarchie hätte unterworfen werden müssen. Ich habe diesen Einwurf schon genügend widerlegt, aber welches auch die Meinung des Frankfurter Bundestages in Betreff des Rechtes der holsteinischen Stände gewesen sein mag, so gebe ich mich gern dem Glauben hin, daß was das Königreich und Schleswig betrifft, Lord Russell, indem er eine Meinung äußerte, die gebieterische Pflicht nicht verkennen wird, welche dem Könige verbietet, sich den Beschlüssen Deutschlands in der Würdigung dessen zu unterwerfen, was er denjenigen von seinen Staaten schuldig ist, welche nicht zum Bunde gehören. Eben so wenig, wie die gemeinsame Verfassung mit einem formellen Fehler behaftet ist, eben so wenig wird es möglich sein, sie durch Organisation zu ersetzen, deren Hauptzüge

Lord Russell hat skizziren wollen, ohne daß die Monarchie aufgelöst würde und ohne daß jene Integrität selbst, welche der Londoner Vertrag zu schützen die Absicht hatte, schwer compromittirt würde. In seiner Depesche hat Lord Russell selbst mit einer vollkommenen Geradheit Alles das hervorgehoben, was eine solche Organisation an Gefahren für ausgedehnte und mächtige Monarchien mit sich bringen würde. Mit noch größerem Rechte wird er, ich glaube es, ohne Mühe erkennen, daß für einen Staat wie Dänemark diese Organisation die Anarchie herbeiführen und beinahe von der vollständigen Zerstückelung der Monarchie begleitet sein würde. Die Aufrechthaltung der gemeinsamen Verfassung für das Königreich und Schleswig ist also eine Frage von Leben oder Tod für Dänemark und ebenso wie die Regierung von dieser Gewißheit durchdrungen ist, eben so ist sie entschlossen, sich nicht von der Linie des Verfahrens zu entfernen, welche ihr durch diese Ueberzeugung vorgezeichnet ist.

Ich bitte Sie, mein Herr, diese Depesche dem Minister vorzulesen und ihm Abschrift derselben zurückzulassen. Ich bin tief überzeugt, daß selbst bei der Formulirung der Rathschläge, die er uns ertheilt hat, Lord Russell nicht geglaubt hat, sich in Widerspruch mit den Sympathien zu setzen, die er immer gegen Dänemark bezeugt hat. Dies aufrichtige Interesse und die Erinnerung an die politischen Antecedentien Ihrer Herrlichkeit geben mir die feste Hoffnung, daß er in unseren freimüthigen Erklärungen hinreichende Beweggründe finden wird, um nicht länger auf Vorschlägen zu beharren, welche er, ich bin dessen gewiß, nur darum aufgestellt hat, weil es ihm nicht eben so klar wie für uns ist, daß ihre Annahme das Vorspiel sein würde zur Vernichtung des constitutionellen Lebens Dänemarks und bald die Existenz der Monarchie selbst in Frage stellen würde.

Ich habe die Ehre zu sein rc. C. Hall."

Italien.

Aus Turin, 19. d., wird der K. Z. geschrieben: Die Liste der Parlaments-Redner zeigt zur Genüge, daß die Coalition fertig ist: Minghetti steht neben Nicotera und Massari neben Crispi; die Zahl der Oppositions-Redner beläuft sich auf etwa dreißig, während zur Vertheidigung des Ministeriums bis jetzt nur Alfieri, Boggio, Paternostro und der excentrische Petrucelli della Gattina eingeschrieben sind. Indeß kennt das Ministerium zu wohl die Eigenthümlichkeiten des Parlaments; Ratazzi hofft auf eine Vereinbarung und läßt durch seine Organe andeuten, daß er zu allen Concessionen, die mit seiner persönlichen Würde verträglich wären, gern bereit sei. Auf diese Weise wird es ihm wahrscheinlich gelingen, die Coalition zu sprengen. Uebrigens ist das Ministerium jetzt fest zur Kammer-Auflösung entschlossen, wenn es das verlangte Vertrauens-Votum nicht erhält. Diesen Abend findet eine Conferenz der alten Majorität statt; es hieß Anfangs, auch das linke Centrum und der Tiers-parti seien eingeladen worden, was sich jedoch nicht bestätigt. Jedoch bleibt eine solche Einigung noch möglich, und an Zeit wird es auch nicht fehlen, da die politische Discussion voraussichtlich eine ganze Woche beanspruchen dürfte. Man geht mit dem Plane um, ein besonderes Cultus-Ministerium zu errichten, was allerdings bei den besonderen Verhältnissen Italiens sehr gerechtfertigt wäre. — Das Erscheinen von Garibaldi's Aufzeichnungen wird noch immer für die nächsten Wochen erwartet; die Brochure „Die Wahrheit über Aspromonte" hat bekanntlich nichts mit diesen Memoiren gemein.

Der „Ostd. Post" wird aus Turin vom 20. d. geschrieben: Die Anklagen, welche der Exdictator von Toscana, Commandeur Buoncompagni, gegen das Ministerium schleuderte, haben einen viel zu allgemeinen Beifall hervorgerufen, als daß man sich, trotz der gestern noch genährten optimistischen Anschauungen, länger über den Bestand des Ministeriums in seiner heutigen Gestaltung Hoffnungen hingeben dürfte. Ratazzi saß auf seiner Bank wie versteinert. Er hatte nur wenige Worte zu sagen, aber er fand für diese selbst seine gewöhnliche glänzende Beredsamkeit nicht. Er sah mit unruhigem Blicke die entflammten Gesichter der fanatischen Linken gegen sich gerichtet, und oft mußte ihm der Parlamentsdiener Wasser und wieder Wasser reichen. In der ersten Viertelstunde erlebte das Ministerium eine furchtbare Niederlage. Sämmtliche Wahlen, welche während des Belagerungszustandes im Neapolitanischen vorgenommen wurden, wurden, wie ich Ihnen indeß schon vorauszusehen gab, annullirt. Der Deputirte Ricciardi, der Hanswurst der Versammlung, wollte das Verdammungsurtheil über das Ministerium sofort ausgesprochen wissen und beantragte, die Verhaftung der Deputirten Mordini, Fabrizzi und Calenio als Präjudicialfrage zu betrachten, da man sonst nicht sicher wäre, beim Hinausgehen aus der Kammer von Gendarmen arretirt zu werden. Der Antrag wurde verworfen. Unter dem tiefen Schweigen der imposanten Menschenmenge erhob sich Buoncompagni. Er sprach von der Vergangenheit Garibaldi's, von seinen engen Beziehungen zum Ministerium, von der Kunde, die das Ministerium von seinen Absichten hatte. Er tadelte zwar das Vorgehen Garibaldi's, aber noch mehr die Zweideutigkeiten der Regierung, der er vorwarf, den Parteizwist genährt, Munizipalstreitigkeiten hervorgerufen und das Land an Frankreich geopfert zu haben. In diesem Sinne stellte er auch seine fünf Interpellationen, worin er Rechenschaft für das Verhalten der Regierung vor, während und nach den Ereignissen von Aspromonte, für die Nichteinberufung des Parlaments und für Erklärung des Belagerungszustandes verlangt. Schließlich fragt er: „Warum man so weit von der Lösung der römischen Frage entfernt sei, während man doch einer verhängnißvollen Freundschaft zu Frankreich die Sympathien Europa's, die Allianz mit andern Mächten und die eigene Unabhängigkeit zum Opfer gebracht habe?" Es ist eine Geschichte der Vergangenheit und der Zukunft, welche Buoncompagni aufrollen machte, und das Parlament folgte dem Redner, sichtbar erregt, Wort für Wort. Uebrigens ist seine Rede die Wiederholung seiner bereits veröffentlichten Broschüre. Mordini sagte, der Belagerungszustand im Süden sei inconstitutionell gewesen und somit alle davon abhängigen Handlungen, worunter seine und seiner zwei Collegen Verhaftung. Er sagte daß das gegenwärtige Ministerium in keiner Provinz einen Freund finde, der es vertheidige und unterstütze, daß es nicht verstanden, einen einzigen seiner Zwecke zu erreichen, die es sich vorgenommen, und daß es in der Hand eine Fahne trägt, worauf einerseits „Aspromonte," andererseits die Note Drouyn de Lhuys' geschrieben steht, welch letztere eine Beleidigung der Nation sei, und daß letztere vom Parlamente ein Mißtrauensvotum gegen dieses Ministerium erwarte. Diese Rede war mit geringem Beifalle aufgenommen, und die Sitzung wurde aufgehoben.

Nach Briefen aus Genua herrscht in La Spezzia, seit der Abreise Garibaldi's, große Ruhe. Dagegen finden jetzt täglich in Pisa, wo viele Engländer ankommen, Demonstrationen zu Gunsten Garibaldi's statt. Die italienische Flotte wird beim Varignano concentrirt. Es heißt in Folge der griechischen Ereignisse.

Wie einem Berliner Arzt aus Pisa geschrieben wird, schreitet Garibaldi's Genesung in der befriedigendsten Weise vor. Die Wunde vernarbt allmälig. Der Sitz der Kugel ist gefunden. Dieselbe ist nicht in das Knöchelgelenk gedrungen und arbeitet sich allmälig durch. Die Articulation des Fußes wird immer freier. Von Gefahr oder auch nur von schweren Leiden ist keine Rede mehr.

Garibaldi läßt im „Diritto" auch die von Alexander Dumas angekündigte Broschüre über die Ereignisse von Aspromonte desavouiren, die angeblich von ihm genehmigt sein sollte. Wahrscheinlich wird Dumas auf dieses Dementi antworten.

Rußland.

Aus St. Petersburg, 13. d., wird der „Pos. Ztg." geschrieben: Wie groß die Vermehrung der Dorfschulen in Rußland seit dem 19. Februar v. J. wirklich ist, würde man kaum glauben können, wenn nicht die unzweifelhaftesten Beweise dafür zu Tage lägen, und die Opferwilligkeit der Gemeinden und einzelner Personen ist in dieser Hinsicht so vorragend, daß sich Rußland darin wohl mit den meisten Culturstaaten Europa's messen darf. So hat, um nur hier ein Beispiel anzuführen, der Kaufmann 2. Gilde, A. Tschuhmitschow zu Bjelogorod vor Kurzem 100,000 R. S. deponirt zur Anlegung und Dotirung von Volksschulen im dortigen Kreise. In Bezug auf die Zahl der seit 1½ Jahren entstandenen Dorfschulen sind im Gouvernement Tula, wo vor dem 19. Februar 1861 nur 11 Schulen mit 235 Schülern existirten, jetzt 1123 Schulen mit 16,384 Schülern eröffnet; im Gouvernement Ssimbirsk bestanden vor 1861 nur 6 Schulen mit 311 Kindern, jetzt bestehen darin 87 Schulen mit 4312 Schülern. Im Gouvernement Podolien, wo bis zur Publication des Reglements vom 19. Februar 1861, 186 Schulen mit 10,211 Kindern bestanden, sind jetzt 1318 von 29,318 Kindern besuchte Schulen eröffnet u. s. w. In den meisten Gouvernements trugen die Bauern und Gutsherrn wesentlich den größten Theil zur Einrichtung der Schulen bei, während die Geistlichkeit verhältnißmäßig nur wenig beisteuerte; im Gouvernement Podolien dagegen sind die Schulen fast ausschließlich von der Geistlichkeit errichtet und eingerichtet worden. — Ein neuer Beweis für den Fortschritt unseres Censurwesens ist wohl wiederum darin zu finden, daß man außer verschiedenen, bisher verboten gewesenen andern Büchern und Werken auch den Verkauf des Werkes „Iskander — Herzen, die Revolutionsphilosophie und der Socialismus der Iskanderschen Schule, die Polarstern-Finsterniß, Herzen und seine Bedeutung" u. s. w. enthaltend, erlaubt hat. Unter dem vorigen Regime hätte man dergleichen Schriften wohl kaum laut zu nennen wagen dürfen.

Der „D. Warsch. Z." zufolge ist der israelitische Prediger Dr. Markus Jastrow nach Warschau aus dem Auslande zurückgekehrt. Auch der Canonicus P. J. Wyszyński wurde erwartet. Er hatte sich auf der Rückreise aus Rußland zuletzt noch in Wilna aufgehalten.

Donau-Fürstenthümer.

Am 10. d. Abends wurde in Bukurest der Redacteur der „Reforma", Hr. Volintinianu von Officieren auf offener Strasse mißhandelt, und Tags darauf erhielt der Gerant des „Romanul", der Dichter Aricescu wegen einer Ode an die Griechen vom Bukurester Officierscorps eine Herausforderung. Zur Untersuchung der Affaire Volintinianu hat Fürst Cusa eine militärische Untersuchungscommission eingesetzt.

Türkei.

Der Triester Zeitung wird über den Wahnsinn des Sultans aus Konstantinopel Folgendes geschrieben: „Heilung ist nicht zu erwarten, und die magnetisirenden Derwische mit ihren Zauberformeln, ihrem Handauflegen haben so wenig wie die Aerzte eine Besserung zuwege gebracht. Wenn ihn indeß seine Manie nicht befällt, wenn vor allen Dingen seinen Launen und Wünschen Genüge geschieht und ihn kein directer Widerspruch reizt, benimmt er sich anscheinend vollkommen vernünftig. Nur die Art, wie er die Weiber schonungslos verfolgt und knechtet, und wie er, was dem Staat zum höchsten Nachtheile gereicht, mit dem Gelde umgeht, indem er es massenhaft an Schlauköpfe und Schmeichler, die sich ins Fäustchen lachen, verschenkt, läßt den Wahnsinn durchblicken."

Local- und Provinzial-Nachrichten.

Krakau, 25. November.

* Programm der (102.) öffentlichen Sitzung der Sectionen der Krakauer Industrie- und Handelskammer am Mittwoch, 26. d., 4 Uhr Nachmittags im Saale der Barmherzigen Erzbrüderschaft und Frommen Bank (Heustraße Nr. 462/531, 1. Stock). I. Berathung, betreffend eine Antwort auf die Anfrage des k. k. Staatsministeriums hinsichts eines den hiesigen Künstlern, Kaufleuten und Handwerkern an den Feiertagen zu gestattenden Zutritts zu den hiesigen Bibliotheken (gemäß Rescript der k. k. Krakauer Statthalterei-Commission vom 11. v. M. Z. 5930). II. Wahl zweier Fachkundigen zur Abschätzung der jetzt zu verkaufenden abgenutzten Regierungs-Stemplungs-Apparate (gemäß Aufforderung des hiesigen k. k. Hauptzollamtes vom 22. v. M. Z. 1097). III. Kenntnißnahme der Verlautbarung des hiesigen Magistrats vom 16. v. M. Z. 16.463 über Bestand der für Entwurf des Planes zur Einrichtung eines Central-Getreidemarkt-Platzes eingesetzten Commission. IV. Referat der in der Session vom 12. September d. J. eingesetzten Commission behufs einer Revision des Programmes der in der bisherigen Verordnung über die Handels- und Gewerbekammern einzuführenden Reformen (gemäß der Aeußerung des k. k. Handels-Ministeriums vom 7. Jänner d. J. Z. 123/57). V. Antrag des Bureau's der Handelskammer über Festsetzung der Art und Weise der Herausgabe der Soliditätszeugnissen für öffentliche Unternehmungen.

Unter zahlreichster Theilnahme der hiesigen Bevölkerung und vieler Auswärtigen wurde gestern Mittags die sterbliche Hülle des Obersten Martin Grafen Tarnowski zur letzten Ruhestätte getragen. Der feierlichen Beerdigung, an welcher sich unter anderen Verwandten, Freunden und Verehrern des Verewigten auch viele seiner früheren Kriegsgefährten betheiligten, ging ein solenner Trauergottesdienst in der Marienkirche vorher, den Se. Hochw Bischof Łętowski, „heut Diener des Altars, vor mehr als einem halben Jahrhundert gleichfalls Waffengenosse des Verblichenen," mit einer Ansprache über den Spruch „Corona dignitatis senectus" inaugurirte.

Gestern Nachts verstarb in Pleszow bei Krakau nach langen Leiden der Gutsbesitzer H. Joseph Kirchmajer in einem Alter von 58 Jahren.

Zur Bequemlichkeit des Publikums ist von der Administration der galiz. Karl-Ludwigs-Bahn die Einrichtung getroffen worden, daß Passagiere, wenn sie besondere Waggons für sich haben wollen, diese erhalten, sobald sie zeitig für die erste Klasse 3, für die zweite 6 Billete zugleich lösen.

* Am 11. d. ist in Jaworzno (Krakauer Kr.) ein Brand ausgebrochen, welcher in kurzer Zeit 10 Wohnhäuser 11 Sallungen 5 Schopfen und eine Scheuer in Asche legte. Die Ursache des Entstehens dieser Feuersbrunst ist noch unbekannt.

* Bei einem am 12. v. Mts. in Lipnik (Bezirk Biala) ausgebrochenen Brand wurden drei Wohnhäuser eingeäschert. Das Feuer kam Nachts zum Ausbruch und griff so rasch um sich, daß die Bewohner dieser Häuser kaum Zeit hatten ihr Leben zu retten. Einer der Insassen, welcher sein Vieh retten wollte, und zwei Weiber welche ihre Kinder aus den Flammen zu tragen bemüht waren, erlitten schwere Brandwunden; der Schaden wird auf mehr als 3000 fl. geschätzt.

* Wie man aus Tarnow schreibt, wurden in diesem Jahre bereits nach Wien allein 30,000 Centner Naphta versendet.

* In Mielnica wurde wie man der Lemb. Ztg. schreibt am 16. d. Mts. Abends auf den Finanzwach-Commissär Sieß, als er beim Schreibtische saß, unter dem Fenster ein Schuß abgefeuert. Die Kugel ging durch die doppelten Fensterscheiben durch, traf ihn ins Genick, ging durch die Muskeln und auf der anderen Seite heraus und prallte an der Wand ab. Die Wunde ist nach der Aeußerung des Arztes sehr gefährlich. Der Verübung dieses Attentats ist ein Untergebener desselben verdächtig, weil er sich schon früher geäußert haben soll, daß er den Commissär tödten müsse. Derselbe wurde sogleich verhaftet.

Handels- und Börsen-Nachrichten.

— Die belgischen Bauunternehmer Gebrüder Riche, welche bekanntlich die Bewilligung zu den Vorarbeiten für eine Eisenbahn zur Verbindung der Theiß- mit der Kaiser Ferdinands-Nordbahn in der Richtung von Kaschau nach Oderberg erhalten und dieselben nahezu vollendet haben, sind neuerlich um die Genehmigung zu den Vorstudien für nachstehende Eisenbahnlinien beim k. k. Handelsministerium eingeschritten, und zwar: 1. Für eine Linie von Großwardein über Klausenburg und Kronstadt nach dem Bodza-Passe mit einer Zweigbahn nach Hermannstadt; 2. für eine Linie von Preßburg nach Sillein durch das Waag-Thal; 3. für eine Linie von Neuhäusel oder Gran Nana nach Szucsan durch das Gran- und Turocz-Thal; 4. für eine Linie von Neusohl nach Miskolcz durch das Gran- und Sajo-Thal; endlich für eine Linie von Lucsiona noch irgend einem Punkte der galizischen Karl Ludwigs-Bahn zwischen Krakau und Lemberg.

— Kraft des neuen italienischen Zollreglements, welches mit 1. Januar 1863 ins Leben tritt, werden die Häfen Ancona, Livorno nnd Messina aufhören, Freihäfen zu sein.

Preise der polnischen Producte in Wien vom 16. bis 21. November 1862 in fl. öst. W.

	von	bis
Galizische Hadern: für 1 Zentner weiße mit halbweißen	7.25	7.75
Fußhadern	5.25	5.75
Ordinäre Packhadern	3.50	4.50
Blaue Leinen-Hadern gemischt mit Baumw.	4.—	5.50
Cattun-Hadern	—.—	—.—
Roher polnischer Hanf	17.—	18.50
" " " gehechelter	22.—	23.—
Roher polnischer Flachs	19.—	22.75
" " " gehechelter	28.50	33.25
Polnischer Honig	—.—	—.—
Poln. Ochsenhörner ohne Sortirung für 1000 Stück	—.—	—.—
1 Zentner gereinigter rother Klee	28.—	—.—
Natürlicher roth. Klee	27.—	—.—
Weißer Klee	40.—	45.—
Polnische Ochsen-Häute naß sammt Hörnern das Pf.	—.25	—.26½
Poln. Kalbsfelle mit dem Kopf der Ctr.	83.—	90.—
Galizischer Terpentin	44.—	46.—
Poln. ord. (Zackel)-Wolle	56.—	—.—
Wisniczer Schweinsborsten, Mustergattung	280.—	285.—
Weiße Wisn. Schw.-Borsten	160.—	165.—
Jaworower Schweinsborsten, Mustergattung	290.—	295.—
" " vorzüglichste	200.—	210.—
" " ausgezeichnete	170.—	175.—
" " mittlere	80.—	85.—
" " schlechtere	90.—	95.—
Mielecer Schweins-Borsten	120.—	125.—
30 bis 33 grädiger Spiritus transf. (für 1 G.)	—.82½	—.52¾
Rectificirter 30 grädiger Sp. transito	—.57	—.59
Tarnopoler Wachs der Ctr.	128.—	—.—

Breslau, 21 November. Die heutigen Preise sind (für einen preußischen Scheffel d. i. über 14 Garnez in Pr. Silbergroschen = 5 kr. öst. W. außer Agio):

	bester	mittler.	schlecht.
Weißer Weizen	80 — 81	76	70 — 72
Gelber "	74 — 76	72	67 — 70
Roggen	55 — 56	54	52 — 53
Gerste	39 — 40	38	36 — 37
Hafer	25 — 26	24	22 — 23
Erbsen	52 — 55	50	47 — 49
Rübsen (für 150 Pfd. brutto)	233	220	207
Sommerraps	— —	— —	—

Preise des Kleesaamens für einen Zollzentner (89½ Wiener Pfund), preuß. Thaler (zu 1 fl. 57½ kr. österr. Währ. außer Agio):

Rother Kleesaamen:		Weißer Kleesaamen:	
bester	14— — 14½	bester	19— — 20—
guter	12½ — 13¼	guter	16— — 18—
mittlerer	10½ — 11½	mittlerer	13— — 15½
schlechter	8— — 9—	schlechter	9— — 12—

Rzeszów, 21. November. Die heutigen Durchschnittspreise waren in österreich. Währung: Ein Metzen Weizen: 3.62½ — Korn 2.30 — Gerste 1.85 — Hafer 1.06½ — Erbsen 2.25 — Bohnen 2.23 — Hirse 1.80 — Buchweizen 1.60 — Kukurutz —.— — Erdäpfel —.80 — Eine Klafter hartes Holz 8.70 — weiches 6.— — Ein Zentner Heu 1.40 — Ein Zentner Stroh —.80.

Tarnów, 21. November. Die heutigen Durchschnittspreise waren (in fl. österreich. Währung): Ein Metzen Weizen 4.— — Roggen 2.60 — Gerste 1.75 — Hafer 1.15 — Erbsen 3.20 — Bohnen 2.25 — Hirse 2.10 — Buchweizen 2.— — Kukurutz —.— — Erdäpfel —.80 — 1 Klafter hartes Holz 9.50 — weiches 7.25 — Futterklee 1.60 — Der Zentner Heu 1.50 — Ein Zentner Stroh 1.—.

Wien, 24. November. National-Anlehen zu 5% mit Jänner-Coup. 82.90 Geld, 83.— Waare, mit April-Coup. 82.80 Geld, 82.90 Waare. — Neues Anlehen vom J. 1860 zu 500 fl. 88.30 Geld, 88.40 Waare, zu 100 fl. 90.70 G., 90.90 W. — Galizische Grundentlastungs-Obligationen zu 5% 71.15 G., 71.30 W. — Aktien der Nationalbank (pr. Stück) 788 G., 790 W. — der Kredit-Anstalt für Handel und Gew. zu 200 fl. österr. Währ. 221.40 G., 221.50 W. — der Kaiser Ferdinand Nordbahn zu 1000 fl. CM. 1925 G., 1927 W. — der Galiz-Karl-Ludw.-Bahn zu 200 fl. C.-Mze. mit Einzahlung 223.75 G., 224.25 W. — Wechsel (auf 3 Monate): Frankfurt a. M., für 100 Gulden südd. W. 103.50 G., 103.60 W. — London, für 10 Pfd. Sterling 121.90 G. 122.— W. — K. Münzdukaten 5.82 G., 5.82½ W. — Kronen 16.75 G., 16.78 W. — Napoleond'or 9.75 G., 9.77 W. — Russ. Imperiale 10.01 G., 10.02 W. — Vereinsthaler 1.82 G., 1.82½ W. — Silber 121.— G., 121.25 W.

Krakauer Cours am 24. Novbr. Neue Silber-Rubel Agio fl. p. 107½ verl., fl. p. 106½ gez. — Poln. Banknoten für 100 fl. österr. Währung fl. poln. 375 verlangt, 369 bezahlt. — Preuß. Courant für 150 fl. österr. Währung Thaler 82¾ verlangt, 81¾ bezahlt. — Neues Silber für 100 fl. österr. Währ. 121¼ verlangt, 120¼ bez. — Russische Imperials fl. 10.06 verlangt, fl. 9.91 bezahlt. — Napoleond'ors fl. 9.80 verlangt, 9.65 bezahlt. — Vollwichtige holländische Dukaten fl. 5.76 verlangt, 5.68 bezahlt. — Vollwichtige österr. Rand-Dukaten fl. 5.82 verlangt, 5.74 bezahlt. — Poln. Pfandbriefe nebst lauf. Coup. fl. p. 101¼ verl., 100½ bezahlt. — Galiz. Pfandbriefe nebst l. Coupons in österr. Währung 81¾ verl, 81 bezahlt. — Galizische Pfandbriefe nebst laufenden Coupons in Convent.-Münz. fl. 85⅔ verlangt, 84⅚ bezahlt.— Grundentlastungs-Obligationen in österr. Währ. fl. 71¾ verl., 71 bezahlt. — National-Anleihe von dem Jahre 1854 fl. österr. Währ. 83 verlangt 81 bezahlt. — Actien der Carl-Ludwigsbahn, ohne Coupons voll eingezahlt fl. österr. Währung 225 verl., 223 bezahlt.

Verzeichniß der bei der k. k. Lottoziehung in Lemberg am 22. November 1862 gehobenen fünf Zahlen:

54. 33. 26. 45. 55.

Die nächsten Ziehungen werden am 6. und 20. Dezember 1862 gehalten werden.

Neueste Nachrichten.

Wien, 24. Nov. In der heutigen Sitzung des Hauses der Abgeordneten wurde über das Vergleichsverfahren, resp. über die zwischen den beiden Häusern des Reichsrathes noch obwaltenden Differenzen und die über dieselben vereinbarten Anträge der gemischten Commission berathen.

Die Differenzen beziehen sich auf §§. 4, 14, 17, 37 und 38.

Angenommen wurde §. 4 und 14 nach der Fassung des Herrenhauses.

Zu §§. 17 und 37 wurde eine veränderte Fassung beliebt. §. 38 wurde nach der Fassung des Abgeordnetenhauses angenommen. (Er handelt von Anmeldungen zum Concurse.)

Der Gesetzentwurf über das Ausgleichsverfahren wurde in dritter Lesung angenommen.

Das Haus schritt zur Spezialdebatte über das Gebührengesetz resp. über Tarifpost 113 (Verpflichtscheine rc.) und die zu derselben gestellten Anträge, namentlich den Antrag Brosche.

Pisa, 23. Nov. Heute um 10 Uhr Vormittags zog Dr. Zanetti die Kugel glücklich aus der Wunde Garibaldi's.

In der Sitzung der Turiner Kammer v. 22. d. haben de Sanctis und de Cesare gegen das Ministerium gesprochen. Letzterer behauptete, daß im Jahre 1859 unter dem Ministerium Ratazzi die italienische Einheit gefährdet war. Pepoli constatirt die Unrichtigkeit dieser Beschuldigung. Die Rede Pepoli's erhielt großen Beifall.

Die „Discussione" veröffentlicht 22 Telegramme, welche das Ministerium Ratazzi in der Zeit vom 20. Mai bis 6. Juli an die politischen Behörden gerichtet hat, und welche bezweckten, die Werbungen zu verhindern und sich den Bestrebungen Garibaldi's entgegenzustellen.

Nachrichten aus Athen vom 22. d. melden, daß der dortige englische Gesandte, der über die Wahl des Prinzen Alfred zu Rathe gezogen worden, geantwortet habe, er wolle sich in die Wahl-Angelegenheit nicht mischen; die Griechen könnten frei wählen. Die Wahlen werden am 6. December beginnen und am 10. zu Ende sein. Die Wahl des Prinzen Alfred hat viele Wahrscheinlichkeit.

Nach Berichten aus Newyork vom 13. d. Mts. herrschte an der dortigen Börse eine leichte Panique in Folge von Gerüchten, daß Burnside geschlagen worden und Harpers ferry von den Conföderirten wieder eingenommen sei. Die Quelle dieser Gerüchte war indeß keine authentische. General Rosenkranz war zu Nashville angekommen; die Communication zwischen dieser Stadt und dem Norden war wieder hergestellt. Die Conföderirten haben sich südlich von Nashville zurückgezogen. Der Finanzminister hat mit der Bank eine Anleihe von 12 Millionen auf die Zeit von 14 Tagen abgeschlossen, bis wohin der Abschluß der öffentlichen Anleihe erfolgt sein wird.

Verantwortlicher Redacteur: Dr. A. Boczek.

Verzeichniß der Angekommenen und Abgereisten vom 24. November.

Angekommen sind die Herren Gutsbesitzer: Wladislaus Gr. Bobrowski, Johann Gr. Tarnowski, Victor Gr. Lanckoroński, Eduard Dzwonkowski, Ignatz Skrzyński, Johann Jędrzejowicz, Miezislaus Pawlikowski, Stanislaus Jabłonowski, Erasm Wolański, aus Galizien. Heinrich Żywiecki, aus Jasło. Ludwig Graf Wodzicki, Stanislaus Zagórski, aus Polen. Miezislaus Waligórski, aus Posen. N. Janiszewski, k. russischer Hauptmann, aus Rußland.

Abgereist sind die Herren Gutsbesitzer: Jakob Wiktor, nach Galizien. Paul Mielocherski, nach Lemberg.

Amtsblatt.

N. 9144 pr.

Kundmachung.

(4337. 3)

Aus Anlaß der gleichzeitig ausgeschriebenen Wahl eines Landtagsabgeordneten aus dem Wahlkörper des großen Grundbesitzes im Samborer Kreise wird hiemit die Wählerliste für diesen Wahlkörper in Gemäßheit des §. 22 der Landtagswahlordnung mit dem Bemerken kundgemacht, daß Reclamationen gegen dieselbe, binnen 14 Tage vom Tage dieser Kundmachung an gerechnet, bei dem gefertigten Statthalterei-Präsidium eingebracht werden können.

Die großjährigen Mitbesitzer eines landtäflichen wahlberechtigenden Gutes haben den von ihnen zur Wahl Ermächtigten, unter Vorlage der Vollmacht für denselben, der Samborer Kreisbehörde Behufs Ausfertigung der Legitimationskarte zur Kenntniß zu bringen.

Zugleich werden alle außerhalb des Landes wohnende Wahlberechtigten zur Erhebung ihrer Legitimationskarten bei der genannten Kreisbehörde aufgefordert.

Vom k. k. Statthalterei-Präsidium.

Lemberg, am 20. November 1862.

Mensdorff-Pouilly m. p.

N. 9144 pr.

Obwieszczenie.

Z powodu równocześnie rozpisanego wyboru z ciała wyborców wielkich posiadłości ziemskich obwodu Samborskiego ogłasza się stósownie do §. 22 ordynacyi wyborowéj lista wyborców z tem nadmienieniem, że reklamacye odnośne mogą być wniesione do podpisanego Prezydyum Namiestnictwa w przeciągu 14 dni od niniejszego ogłoszenia.

Pełnoletni współwłaściciele dóbr tabularnych do wyboru upoważniających mają w celu wystawienia karty legitymacyjnéj umocowanego przez siebie do wyboru z załączeniem pełnomocnictwa podać do wiadomości Władzy obwodowéj w Samborze.

Przytém wzywa się wszystkich posiadających prawo wyboru a poza krajem przebywających do podniesienia kart legitymacyjnych u wymienionéj Władzy obwodowéj.

Z Prezydyum c. k. Namiestnictwa.

Lwów, dnia 20 listopada 1862.

Mensdorff-Pouilly m. p.

Wählerliste

der in dem Wahlkörper des großen Grundbesitzes wahlberechtigten Besitzer landtäflicher Güter.

Wykaz

posiadaczy dóbr tabularnych uprawnionych do wyboru posłów w ciele wyborczem posiadaczy większych majętności.

Vor- und Zuname des Gutsbesitzers Imie i nazwisko wyborcy	Benennung des landtäflichen Gutes Nazwa tabularnéj posiadłości
Augustynowicz Szczęsny	Woszczańce.
Bal Antoni	Błozéw górna.
Bal Franciszek	Tuligłowy.
Balicki Ludwik	Wykoty.
Barański Michał	Radłowice.
Barański Karol	Chłopczyce.
Bazylianów konwent w Dobromilu	Bukowa.
Bazylianów konwent w Ławrowie	Ławrów — Wysoko wyżne.
Białoskórski Felicyan	Czajkowice.
Bielańska Jadwiga	Turze.
Bielska Julia, Włodzimirz, Stanisław, Seweryn, Juliusz	Rychcice etc.
Borkowska Marya hr. i Niezabitowska Kazimira	Biskowice.
Brückmann Ludwik bar.	Manastyrzec.
Brückmann Marya bar.	Majnicz.
Dahlke Honorata i Łucki Paweł	Bilina i Łąka.
Dolański Ludwik	Rakowa.
Drohobycz łac. probostwo	Dobrowlany.
Dunin Jan hr.	Głęboka.
Duniewicz Edward	Nowoszyce.
Dybowski Zygmunt i Krystyna z Gątkowskich Dybowska	Sokoliki.
Dylewski Maryan	Rolow i Bojary część.
Filipowski Bogusław	Chłopczyce.
Fredro Aleksander hr.	Bienkowa wisznia.
Fredro Jan Aleksander hr.	Rudki.
Fredro z Jabłonowskich Marya hr.	Dubaniowice.
Gostel Franciszek	Turka.
Gross Eligia	Koniuszki.
Guszkowska Wanda	Koniów.
Hertl Franciszek	Uniatycze.
Humnicka Marya hr.	Urycz i Łopuszna.
Janko Henryk	Hoszany.
Jędrzejowicz Kazimirz	Czaple.
Jędrzejowicz Stanisław	Felsztyn.
Katyński Stanisław	Grodowiec.
Kawecki Wiktor	Beniowa.
Komorowski Piotr hr.	Bilinka, Siekierzyce.
Koszowski Stanisław	Łanowice.
Krynicki Marceli	Krynica.
Lanckoroński Kazimirz hrabia, c. k. szambelan	Komarno.
Madejski Wojciech	Rolow i Bojary część.
Majewski Józef	Maksymowice.
Mangold Maria	Horozana.
Mniszek Alfons hr.	Chyrów, Terło.
Morawski Konstanty	Pohorce.
Morsztyn Sabina hr.	Popiele.
Niezabitowski Włodzimirz	Uherce.
Niedźwiedzkie Aleksander i Sylwia	Wankowice.
Pawlikowski Konstanty Gabryel	Brześciany.
Prelicz Floryntyna	Krużyki.
Podlewski Aleksander	Kawsko część.
Ritter Leokadia	Uherce.
Sądecki Franciszek	Uherce zapłatyńskie, część. Poborszczyzna.
Sozański Antoni	Torhanowice etc.
Sozański Celestyn	Kornalowice.
Sozański Silwery	Błażow.
Sokołowski Juliusz i Zuzanna	Barańczyce.
Skarzyńska Aniela	Suszyca wielka.
Stankiewicz Szczepan	Rogoźna.
Steinkühl Maksymilian	Wołcza dolna.
Strzelecki Jan, Alojzy, Wojciech, Wilhelmina, Sabina	Komarniki.
Szczepański Tadeusz	Czajkowice.
Szybiński Ferdynand	Manastyrzec.
Szyczewski Stanisław	Winniki.
Szumlańska Felicya	Wistowice.
Szymonowicz Julian	Sanoczany.
Tarnowski Stanisław hr.	Stara wieś — Wacowiec.
Tarnowski Władysław hr.	Lipowice — Wróblowice.
Tatarowska Malwina	Laszki murowane.
Tchórznicka Helena	Wojutycze.
Tchórznicki Kazimirz	Lutowisko.
Tchórznicki Szczęsny	Pianowice.
Werenko Maryanna bar.	Hordynia.
Wojczyńska Kaliksta	Chliple.
Żurakowski August	Horbacze.

N. 18437.

Edict.

(4324. 1-3)

Vom k. k. Tarnower Kreisgerichte wird mittelst gegenwärtigen Edictes bekannt gemacht, es habe wider Fr. Henriette Kuczkowska oder deren allfällige, dem Leben und Wohnorte nach unbekannte Erben, Mendel Leskowitz in Tarnów unterm 20. Nov. 1862 Z. 18437 eine Klage angebracht wegen Zahlung des Wechselbetrages pr. 500 fl. ö. W. s. N. G.

Da der Aufenthaltsort der Belangten oder deren Erben unbekannt ist, so hat das k. k. Kreisgericht zu deren Vertretung und auf deren Gefahr und Kosten den hiesigen Advokaten Hrn. Dr. Rosenberg mit Substituirung des Advokaten Herrn Dr. Jarocki als Curator bestellt, mit welchem die angebrachte Rechtssache nach der Wechselordnung verhandelt werden wird.

Durch dieses Edict wird demnach die Belangte erinnert, zur rechten Zeit entweder selbst zu erscheinen, oder die erforderlichen Rechtsbehelfe dem bestellten Vertreter mitzutheilen, oder auch einen andern Sachwalter zu wählen und diesem k. k. Kreisgerichte anzuzeigen, überhaupt die zur Vertheidigung dienlichen vorschriftsmäßigen Rechtsmittel zu ergreifen, indem sie sich die aus deren Verabsäumung entstehenden Folgen selbst beizumessen haben wird.

Vom k. k. Kreisgerichte.

Tarnów, am 21. November 1862.

N. 20887.

Kundmachung.

(4338. 2-3)

Laut der Kundmachung der k. k. galizischen Statthalterei vom 30. October 1862 Z. 67318 ist, zu Folge Erlasses des hohen k. k. Staatsministeriums vom 21. October Z. 5629/St.-M. im Grunde Allerhöchsten Entschließung Seiner k. k. apostolischen Majestät vom 18. October d. J. das Ausmaß der im Krakauer Steuer-Verwaltungsgebiete für das Verw.-Jahr 1863 zu den directen Steuern einzuhebenden Zuschläge für die Landes- und Grundentlastungs-Erfordernisse provisorisch in dem für das Verw. Jahr 1862 bestehenden Ausmaße, d. i. für das Landeserforderniß mit $9^{5}/_{10}$ Neukreuzer, und für das Grundentlastungs-Erforderniß mit $50^{5}/_{10}$ Neukreuzer, von jedem Gulden der directen Steuern (ohne Einbeziehung des Kriegszuschlages) bis auf weitere Anordnung festgesetzt worden.

Die Steuerämter sind angewiesen diese Zuschläge regelmäßig, und im richtigen Verhältnisse zu den perzipirten Steuern, einzuheben.

Von der k. k. Finanz-Landes-Direction.

Krakau, am 17. November 1862.

N. 8491.

Kundmachung.

(4333. 2-3)

Vom 1. December 1862 angefangen, wird die Einhebung des Betrages von einem halben Kreutzer für jedes Couvert, welcher bisher von den Käufern als Aequivalent für die Anfertigungskosten entrichtet werden mußte, abgestellt und es haben die Käufer der Couverts von dem Tage an nur die Werthbeträge auf welche die Stempel lauten, zu entrichten.

Von der k. k. galizischen Postdirection.

Lemberg, am 15. November 1862.

N. 8491.

Obwieszczenie.

Z dniem 1 grudnia 1862 znosi się pobór na pół grajcara za każdą kopertę, który dotąd od kupujących, jako ekwiwalenta za koszta sporządzenia uiszczanym być musiał, i od tego dnia mają nabywcy kopert tylko kwoty wartości, na które stemple opiewają, uiszczać.

Od c. k. galic. Dyrekcyi pocztowéj.

Lwów, dnia 15 listopada 1862.

N. 1071 pr.

Concurskundmachung.

(4332. 2-3)

Bei dem Krakauer k. k. Landesgerichte ist eine Landesgerichtsrathsstelle mit dem Gehalte jährlicher 1470 fl. ö. W., in Erledigung gekommen.

Zur Besetzung dieser Stelle wird der Concurs mit der Frist von vier Wochen vom Tage der dritten Einschaltung in das Amtsblatt der „Wiener Zeitung" hiermit ausgeschrieben, und die Bewerber aufgefordert, ihre Gesuche nach Anordnung des k. Patentes vom 3. Mai 1853 Nr. 81 R. G. B. zu überreichen.

Die in Disponibilität befindlichen Bewerber haben überdieß die Nachweisung zu liefern, mit welchen Bezügen und von welchem Zeitpuncte sie in die Verfügbarkeit getreten sind und bei welcher Kassa sie die Disponibilitätsgenüsse beziehen.

Vom Präsidium des k. k. Landesgerichtes.

Krakau, am 20. November 1862.

Meteorologische Beobachtungen.

Tag	Stunde	Barom.-Höhe auf in Parall. Linie 0° Reaum red.	Temperatur nach Reaumur	Specifische Feuchtigkeit der Luft	Richtung und Stärke des Windes	Zustand der Atmosphäre	Erscheinungen in der Luft	Aenderung der Wärme im Laufe d. Tage von	bis
21	2	328"84	— 1°3	100	Ost schwach	trüb	Nebel	—2°8	+0°
	10	29 68	— 2°8	100	" "	"			
25	6	29 23	— 5°2	100	" "	"			

Wiener - Börse - Bericht

vom 22. November.

Oeffentliche Schuld.

A. Des Staates.

	Geld	Waare
In Oest. W. zu 5% für 100 fl.	65.70	65 80
Aus dem National-Anlehen zu 5% für 100 fl.	83.—	83.10
Vom Jahre 1851, Ser. B. zu 5% für 100 fl.	—.—	—.—
Metalliques zu 5% für 100 fl.	71 50	71.60
dtto. „ 4½% für 100 fl.	61 75	62 —
mit Verlosung v. J. 1839 für 100 fl.	140.75	141.25
„ 1854 für 100 fl.	91.50	91 75
„ 1860 für 100 fl.	90.90	91 10
Como-Rentenscheine zu 42 L. austr.	17.75	18 —

B. Der Kronländer.

Grundentlastungs-Obligationen	Geld	Waare
von Niede. Österr. zu 5% für 100 fl.	87.—	88 —
von Mähren zu 5% für 100 fl.	87.75	88.—
von Schlesien zu 5% für 100 fl.	87 75	88.—
von Steiermark zu 5% für 100 fl.	86.75	—.—
von Tirol zu 5% für 100 fl.	89.—	90.—
von Kärnt., Krain u. Küst. zu 5% für 100 fl.	85.50	87.50
von Ungarn zu 5% für 100 fl.	71.90	72.50
von Temeser Banat 5% für 100 fl.	69.50	69.75
von Kroat. u. Sl. zu 5% für 100 fl.	71.75	72.25
von Galizien zu 5% für 100 fl.	71.-	71.25
von Siebenb. u. Bukowina zu 5% für 100 fl.	69.15	69.75

Actien (pr. St.)

	Geld	Waare
der Nationalbank	790 —	792 —
der Kreditanstalt für Handel und Gewerbe zu 200 fl. österr. W.	221.20	221.40
Nieder.-öster. Escompte-Gesellsch. zu 500 fl. ö. W.	629 -	630.—
der Kais.-Fer.-Nordb. zu 1000 fl. CM.	1886	1890
der Staas-Eisenbahn-Gesellsch. zu 200 fl. CM. oder 500 Fr.	238.50	239.—
der Kais. Elisabeth-Bahn zu 200 fl. CM.	152. 0	153 —
der Süd-nordd. Verbind.-B. zu 200 fl. CM.	125.—	125 50
der Theisb. zu 200 fl. CM. mit 140 fl. (70%) Einz.	147 —	— —
der galiz. Karl Ludwigs-Bahn zu 200 fl. CM.	223 50	223 75
der südl. Staats-, lomb.-ven. und Centr.-ital. Eisenbahn zu 200 fl. öst. Währ. oder 500 Fr. ohne Coupon	289 —	290.—
der österr. Donaudampfschifffahrts-Gesellschaft zu 500 fl. CM.	410 —	411.—
des österr. Lloyd in Triest zu 500 fl. CM.	231.—	233.—
der Ofen-Pesther Kettenbrücke zu 500 fl. CM.	399 —	400.—
der Wiener Dampfmühl-Aktien-Gesellschaft zu 500 fl. österr. Währ.	385.—	390.—

Pfandbriefe

	Geld	Waare
der Nationalbank auf CM. 6jährig zu 5% für 100 fl.	104.25	104.50
der Nationalbank auf CM. 10jährig zu 5% für 100 fl.	100 —	100 50
der Nationalbank auf CM. verlosbar zu 5% für 100 fl.	89.50	90 —
der Nationalbank auf österr. Währ. 12 monatlich zu 5% für 100 fl.	—.—	—.—
der Nationalbank auf österr. Währ. verlosbar zu 5% für 100 fl.	85.40	85 60
Galiz. Kredit-Anstalt öst. W. zu 4% für 100 fl.	— —	81 —

Lose

	Geld	Waare
der Credit-Anstalt für Handel und Gewerbe zu 100 fl. österr. Währung	132 —	132.20
Donau-Dampfsch.-Gesellsch. zu 100 fl. CM.	94 25	94.75
Triester Stadt-Anleihe zu 100 fl. C.-M.	119.—	120.—
„ „ 50 „ „	52.75	53.25
Stadtgemeinde Ofen zu 40 fl. öst. W.	36 –	36 25
Esterhazy zu 40 fl. CM.	98.—	100 —
Salm zu 40 „	36 25	36 75
Palffy zu 40 „	35. 0	36.—
Clary zu 40 „	35.—	35.50
St. Genois zu 40 „	35.-	35 25
Windischgrätz zu 20 „	21 75	22 25
Waldstein zu 20 „	20 75	21 25
Keglevich zu 10 „	15 25	15 50

3 Monate.

Bank-(Platz-)Sconto

	Geld	Waare
Augsburg, für 100 fl. süddeutscher Währ. 3½%	103 25	103 35
Frankf. a. M., für 100 fl. südd. Währ. 3%	103 40	103 40
Hamburg, für 100 M. B. 3%	91.75	91.90
London, für 10 Pfd. Sterl. 2%	121 90	121 90
Paris, für 100 Franks 3½%	48 40	48.40

Cours der Geldsorten.

	Durchschnitts-Cours fl. kr.	fl. kr.	Letzter Cours Geld fl. kr.	Waare fl. kr.
Kaiserliche Münz-Dukaten	5 81½	— —	5 81	5 82
„ vollw. Dukaten	5 81½	— —	5 81	5 82
Krone	— —	— —	16 75	16 80
20Frankstück	— —	— —	9 76	9 77
Russische Imperiale	— —	— —	10 —	10 02
Silber	— —	— —	121 25	121 50

Abgang und Ankunft der Eisenbahnzüge

vom 15. September 1862 angefangen bis auf Weiteres.

Abgang:

von **Krakau** nach Wien 7 Uhr Früh, 3 Uhr 30 Min. Nachm — nach Breslau, nach Warschau, nach Ostrau und über Oderberg nach Preußen 8 Uhr Vormittags; — nach und bis Szczakowa 3 Uhr 30 Min. Nachm.; — nach Przemyśl 6 Uhr 15 Min. Früh; — nach Lemberg 8 Uhr 30 Min. Abends, 10 Uhr 30 Min. Vorm. — nach Wieliczka 11 Uhr Vormittags.

von **Wien** nach Krakau 7 Uhr 15 Min. Früh, 8 Uhr 30 Minuten Abends.

von **Ostrau** nach Krakau 11 Uhr Vormittags.

von **Granica** nach Szczakowa 6 Uhr 30 M. Früh, 11 Uhr 27 Min. Vormittags, 2 Uhr 15 Minuten Nachmittags.

von **Szczakowa** nach Granica 11 Uhr 16 Min. Vormitt., 2 Uhr 26 Min. Nachmitt., 7 Uhr 56 Min. Abends.

von **Przemyśl** nach Krakau 9 Uhr Morgens.

von **Lemberg** nach Krakau 5 Uhr 20 Minuten Abends und 5 Uhr 10 Min. Morgens.

Ankunft:

in **Krakau** von Wien 9 Uhr 45 Minuten Früh, 7 Uhr 48 Minuten Abends; — von Breslau und Warschau 9 Uhr 45 Minuten Früh, 5 Uhr 27 Min. Abends; — von Ostrau über Oderberg aus Preußen 5 Uhr 27 Min. Abends; — von Przemyśl 7 Uhr 23 Min. Abends; — von Lemberg 6 Uhr 15 Min. Früh, 2 Uhr 54 Min. Nachmitt.; — von Wieliczka 6 Uhr 20 Min. Abends.

in **Przemyśl** von Krakau 4 Uhr 43 Min. Nachmitt.

in **Lemberg** von Krakau 8 Uhr 32 Minuten Früh, 8 Uhr 40 Minuten Abends.